



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **November 2025**

Guten Tag!

Die Lage ist ernst. Deutschland und die großen EU-Staaten befinden sich im Krisenmodus. Hohe Staatsverschuldung, steigende Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten und fehlende Rezepte für einen Ausweg sind deutliche Zeichen. Ratlosigkeit in der Politik führt zu irrationaler Panik und der Suche nach dem rettenden Strohalm. Wenn nichts mehr geht, braucht es den äußeren Feind, der uns an den Kragen will!

Der extreme Scharfmacher und Kommisskopf, der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter, gern gesehener Gast in diversen Talkshows, fordert angesichts von Drohnensichtungen den Spannungsfall auszurufen. Drohnen, die modernen und preisgünstigen Spielzeuge für Möchtegern-Hobbypiloten, die mittlerweile von Hinz und Kunz in den Himmel gesteuert werden, sollen ohne vorliegende Beweise der russischen Seite zugeordnet werden.

Jetzt also soll der Spannungsfall, die Vorstufe des Verteidigungsfalls ausgerufen werden, mit weitreichenden Folgen. Der Spannungsfall würde eine massive Einschränkung von Grundrechten bedeuten.

Wer hat diese Politikerkaste berufen, die uns in den Krieg reitet? Sollten sie nicht Schaden von uns abhalten? Wann immer irgendwo Krieg ist, geht es um die Interessen der Mächtigen. Sie sind es, die davon profitieren. Folglich sind es immer die Gleichen, die Kriege anheizen: Politiker, Rüstungsunternehmer, Investoren, Generäle. Und es sind

immer wieder die Gleichen, die dafür bezahlen: einfache Menschen als Soldaten und Zivilisten.

Die großen Friedensdemos am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart haben eine Antwort darauf gegeben: Die Bevölkerung darf ihre Zukunft nicht den Kriegstreibern und Rüstungslobbyisten überlassen.

R. Weber

Kein Werben fürs Sterben!

Bei der Berufs- und Bildungsmesse "Perspektiven 2025", die mal wieder an den Beruflichen Schulen in Eschwege stattgefunden hat, haben dutzende von Betrieben und Einrichtungen über berufliche Perspektiven in ihren Unternehmen informiert und um Auszubildende geworben. Eine tolle Sache, denn hier bekommen Jugendliche wichtige Informationen aus "erster Hand" für ihre berufliche Zukunft.

Ein Aussteller allerdings war dabei, der hier nichts zu suchen hat: Die Bundeswehr hat Jugendliche (unter 18) angesprochen um für eine "Karriere" im Panzer, im Schützengraben und auf dem Schlachtfeld zu werben. Aus unserer Sicht hat die Bundeswehr hier nichts zu suchen! Wir lehnen die Rekrutierung Minderjähriger ab. Sie ist laut UN-Kinderrechtskonvention verboten!

**KARRIERE BEI DER
BUNDESWEHR**



**DURCHSCHNITTliche
ÜBERLEBENSDAUER IN EINEM
KONVENTIONELLEN KRIEG:**
PANZER / HAUBITZE: 3 – 7 TAGE
INFANTERIE: 4 – 5 TAGE
SANITÄTER (VORN): 5 – 10 TAGE

**DAS SIND DIE FAKTEN,
DIE SIE EUCH VERSCHWEIGEN**

Nein zum Kriegsdienst! – Bundeswehr raus aus den Schulen!

Sündenböcke – Bürgergeldempfänger und Pflegebedürftige

Da sind sich CDU/CSU und SPD mittlerweile einig: Um die Milliarden für die Rüstung zusammen zu kratzen muss gespart werden, was das Zeug hält. Bürgergeldempfänger würden schmarotzen, anstatt arbeiten zu gehen.

Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland seit Frühjahr 2022 um 600.000 gestiegen und die Zahl der offenen Stellen um 250.000 gesunken, doch die Bürgergeldempfänger sollen sich einen Job suchen, den es gar nicht gibt.

Über Wochen wurde in den Medien Stimmung gegen den Sozialmissbrauch gemacht, der bei genauer Prüfung kaum ins Gewicht fällt. Von den 5,5 Millionen Sozialhilfeempfängern gab es lediglich 421 Fälle von Missbrauch, die zu 209 Strafanzeigen führten. Jetzt arbeitet sich die Bundesregierung an den Ärmsten und Schwächsten ab, statt sich dem Reichtum zuzuwenden. Allein die 3.900 reichsten Deutschen haben ein Finanzvermögen von rund drei Billionen Euro. Da würde schon eine einprozentige Vermögenssteuer 30 Milliarden einbringen, jedes Jahr. Die CDU hat daran aber kein Interesse und die SPD duckt sich weg.

Nun wird auch noch die Streichung der Pflegestufe 1 erwogen, die 863.000 pflegebedürftigen Menschen zugute kommt. Ist mal kein Politiker zur Stelle, um die sozialen Daumenschrauben anzusetzen, werden kapitalnahe Institute und Arbeitsgruppen vorgeschickt, um den Sozialstaat zu zusammen zu sparen. Die Bundesregierung hat die Sozialkassen der Beitragszahler schon mehrfach geplündert, indem sie versicherungsfremde Leistungen nicht aus dem Staatshaushalt beglich. Der VdK hat

einen Vorschlag, wie die Pflegekasse finanziell entlastet werden könnte: 5,9 Milliarden Euro aus der Pflegeversicherung wurden während der Corona-Pandemie für andere Zwecke z.B. Corona-Tests und Pflege-Boni eingesetzt. Eine Rückzahlung durch die Bundesregierung steht bislang aus.



~~des Sozialraubs~~ Herbst der Reformen?

Kaum ein Tag vergeht, an dem es nicht neue Vorschläge gibt, wie man uns das Geld aus der Tasche ziehen kann. Da wird einerseits von den „faulen Bürgergeldbeziehern“, und „Sozial-Schmarotzern“ gesprochen, aber andererseits wird in den Aussagen von Kanzler Merz und seinen Stichwort- und Auftraggebern deutlich, dass wir alle gemeint sind: „Wir können uns dieses System, das wir heute haben, in der Bundesrepublik Deutschland, einfach nicht mehr leisten“ – so Merz bei einem CDU-Parteitag. Es werden „Wirtschaftsweisen“ zitiert, die mit Kürzungsvorschlägen kommen und Sprecher der Unternehmerverbände erklären uns, dass und wo überall gespart werden muss.

Da ist von der Einführung einer Praxisgebühr beim Arztbesuch die Rede, was der CDU-„Experte“ Hendrik Streek „nicht als Härte, sondern als Steuerung – schlank organisiert und fair“ beschreibt. Oder es wird gefordert, die Pflegestufe 1 komplett zu streichen, um 2 Milliarden Euro einzusparen.

CDU-CSU-SPD haben hier klare Prioritäten gesetzt. Und das sind ganz eindeutig nicht unsere Prioritäten!

Der Herbst wird noch viele ungemütliche Überraschungen für uns bereithalten, denn weitere Kürzungs- und Einsparvorschläge werden ja tagtäglich in den Medien propagiert. Geplant ist ein Herbst des Sozialraubs, der in einen langen Winter der eisigen sozialen Kälte münden soll. Der Angriff auf soziale und demokratische Errungenschaften, die in Jahrzehnten hart erkämpft worden sind, ist allumfassend. Hier hilft nur Protest, Widerstand und kämpferische Gegenwehr durch Gewerkschaften und Sozialverbände, durch demokratische und umweltbewegte Organisationen und Bewegungen. Die DKP ist bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten!

A. Heine

Spenden sind herzlich willkommen!

Sparkasse Darmstadt

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

E-Mail reinhold.fertig@mail.de